

EU-Informationen der HSS-Verbindungsstelle Brüssel

Februar 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Judith Klara Weiss

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 31. Januar bis zum 6. Februar 2011

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Einstellungsrunde für Mitarbeiter aus neuen Mitgliedstaaten abgeschlossen

Zwischen dem 1. Mai 2004 und Ende 2010 wurden von der Kommission insgesamt 4004 Beamte und Zeitbedienstete aus Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern eingestellt. Somit wurde das Ziel von 3508 Neueinstellungen übererfüllt. Mehr als zwei Drittel der Mitarbeiter aus den neuen EU-Mitgliedstaaten sind Frauen. Der Frauenanteil von 46,6 % vor der Erweiterung stieg bis Ende 2010 auf 52,1 %. Der Gesamtanteil von Frauen in Führungspositionen ist ebenfalls gestiegen. Darüber hinaus ist durch die Erweiterung das Durchschnittsalter der Kommissionsbediensteten leicht gesunken. Mindestens ein Vertreter jedes der zehn Mitgliedstaaten ist zum Generaldirektor bzw. zur Generaldirektorin oder deren Stellvertreter ernannt worden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/121&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Erstes Auswahlverfahren von EPSO nach neuer Methode abgeschlossen

Am 04.02. sind die Ergebnisse des ersten allgemeinen Auswahlverfahrens für Beamte der Funktionsgruppe Administration (AD-Beamte), das nach der neuen Methode durchgeführt wurde, veröffentlicht worden. Obwohl mehr als 51 000 Bewerbungen eingegangen sind, war das Amt in der Lage, die Ergebnisse etwa neun Monate nach Ablauf der Bewerbungsfrist (April 2010) bekanntzugeben. Zu den Neuerungen gehört ein gestrafftes zweistufiges Verfahren, wodurch der Zeitraum zwischen Bewerbung und Einstellung im Falle großer Auswahlverfahren von zwei Jahren auf zehn Monate und im Falle kleinerer Auswahlverfahren für Spezialisten von durchschnittlich 16 Monaten auf sechs Monate verkürzt werden konnte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/129&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. EU-Gericht rügt Sprachdiskriminierung bei Ausschreibung von EPSO

Das Gericht erklärt die zur Errichtung einer Bewerberdatenbank für Vertragsbedienstete der europäischen Organe ergangene Aufforderung zur Interessenbekundung für nichtig. Die Veröffentlichung dieser Aufforderung (EPSO/CAST/EU/27/07) ausschließlich in den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch stelle eine gegen Unionsrecht verstoßende Diskriminierung potenzieller Bewerber aufgrund der Sprache dar, da keine in alle Amtssprachen der Union übersetzte Ankündigung mit Informationen über die Existenz und den Inhalt der streitigen Ausschreibung auf der Website des Personalamtes der Kommission (EPSO) veröffentlicht wurde.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-02/cp110004de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=T-205/07> (Urteil)

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. EU unterstützt Demokratisierungsprozess in Ägypten und Tunesien

Der Europäische Rat begrüßt, dass das tunesische und das ägyptische Volk ihren demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen friedfertig und in Würde Ausdruck verleihen. Den Demokratiebestrebungen der Bürger müsse durch Dialog und politische Reformen, die mit uneingeschränkter Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einhergehen, und durch freie und faire Wahlen Genüge getan werden. Die Hohe Vertreterin und die Kommission werden ersucht, die Instrumente der EU rasch anzupassen, humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen sowie Maßnahmen und Projekte vorzuschlagen, durch die Zusammenarbeit, Austausch und Investitionen in der Region angeregt werden können, damit die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vorangebracht werden

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

2. Kommissar Hahn gibt Koordinatoren für Donaustrategie bekannt

Im Hinblick auf die konkrete Umsetzung der Strategie hat Kommissar Johannes Hahn am 03.02. in Budapest gemeinsam mit dem ungarischen Außenminister János Martonyi bekanntgegeben, welche Länder und Regionen die einzelnen Schwerpunktbereiche koordinieren werden. Deutschland arbeitet mit Bulgarien bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zusammen. Bayern und Kroatien kooperieren bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt der Landschaften und der Qualität von Luft und Boden. Baden-Württemberg ist zusammen mit Kroatien für den Schwerpunkt Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verantwortlich. Österreich ist für Verkehr, Investitionen in Humankapital und der institutionellen Kapazität der Zusammenarbeit mitverantwortlich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/124&format=HTML&aged=0&language=DE&guilanguage=en>

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/danube/index_en.htm

3. Kritik an Nahostpolitik im Europäischen Parlament

Bei der Aussprache mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton am 02.02. im EP kritisierte die Mehrheit der Fraktionen die mangelnde europäische Kohärenz bei den Reaktionen auf die Proteste in Ägypten und Tunesien sowie die ambivalente Haltung Europas gegenüber den Demonstranten und ihrem Anliegen. Die Abgeordneten sprachen sich entschieden für eine Revision der EU-Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum aus. Mit dem bislang eingeschlagenen Kurs hätten ganz offensichtlich keine Reformen auf den Weg gebracht werden können.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110202IPR13046/html/Proteste-gegen-%C3%84gyptens-Regierung-und-Tunesiens-Iasminrevolution-bewegen-MdEPs>

4. Nahostquartett für rasche Lösung des Palästina-Konflikts

Bei ihrem Treffen am Rande der Sicherheitskonferenz in München bekräftigten am 05.02. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, der russische Außenminister Sergei Lawrow, die amerikanische Außenministerin Hillary Rodham Clinton, der Sonderbeauftragte der Vereinigten Staaten für den Nahostfriedensprozess George Mitchell und die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton zusammen mit dem Vertreter des Quartetts Tony Blair, dass die Verhandlungen über eine Zweistaatenlösung bis September 2011 abgeschlossen werden sollten. Das Quartett sprach dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde Abbas seine Anerkennung aus und begrüßte die vom israelischen Premierminister Netanyahu und dem Quartettsvertreter Blair für die Westbank und Gaza vorgelegte Paket.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/119200.pdf

5. Auswärtiger Ausschuss des EP fordert neue Sanktionen gegen Iran

Die Abgeordneten sprachen sich am 01.02. für neue Sanktionen nicht nur wegen dem iranischen Nuklearprogramm, sondern auch wegen der Menschenrechtsverstöße seit der Präsidentschaftswahl von 2009 aus. Besonders entschieden verurteilten die Abgeordneten die Hinrichtung der niederländisch-iranischen Staatsbürgerin Sarah Bahrami.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110131IPR12827/html/Iran-fresh-EU-sanctions-needed-to-combat-human-rights-abuses>

6. Sanktionen gegen Belarus bestätigt

Der Europäische Rat billigte am 04.02. die vom Rat Auswärtige Angelegenheiten am 31.01. angenommenen Sanktionen. Diese beinhalten Einreiseverbote in die EU und ein Einfrieren von Vermögen für alle Personen, die für die verfälschten Präsidentschaftswahlen vom 19.12.10 und für die Gewalt gegen die demokratische Opposition nach diesen Wahlen sowie den Wahlen von 2004 und 2006 verantwortlich sind. Die EU bekräftigte ihren Willen, ihre Kontakte zur belarussischen Zivilgesellschaft auszubauen. EU-Kommissar Štefan Füle hat am 02.02. in seiner Rede auf der internationalen Geberkonferenz für Belarus in Warschau angekündigt, dass die Kommission ihre Mittel zur Unterstützung der Zivilgesellschaft auf 15,6 Millionen EUR aufstocken wird.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/119045.pdf (Council Foreign Affairs)

7. EP beharrt auf Mitbestimmung bei Mittelvergabe im Außenbereich

Das Europäische Parlament bekräftigte am 03.02. seinen Standpunkt in erster Lesung vom Oktober 2010, wonach bei der Vergabe von EU-Mitteln für Entwicklungs-, Demokratie- und Menschenrechtsprojekte in Drittländern so genannte "delegierte Rechtsakte" eingesetzt werden sollten. Dies hätte dem EP faktisch ein Vetorecht eingeräumt. Da der Rat dies in erster Lesung abgelehnt hat wird nunmehr mit einem Vermittlungsverfahren gerechnet.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110203IPR13105/html/EU-Ausgaben-f%C3%BCr-Entwicklung-und-Menschenrechte-verdienen-ordentliche-Kontrolle> (PM EP)

b) Außenhandel

Ende des Bananenstreits der EU mit USA und Lateinamerika

Das Europäische Parlament stimmte am 03.02. dem Abschluss des Genfer Übereinkommens von 2009 über den Bananenhandel zwischen der EU und Brasilien, Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama, Peru und Venezuela und eines Abkommens über den Bananenhandel zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika zu. Damit endet der langwierigste Streit in der Geschichte des Welthandels, der etwa 16 Jahre gedauert hatte.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110203IPR13101/html/Parlament-besiegelt-das-Ende-des-16-Jahre-w%C3%A4hrenden-Bananenkriegs>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Einfachere Abwicklung von humanitärer Hilfe

Die Kommission hat am 01.02. eine Reihe von Beschlüssen verabschiedet, auf deren Grundlage die humanitäre Hilfe künftig schneller und effizienter abgewickelt werden kann. Mit dem ersten Beschluss

dieses Pakets wird ein Gesamtbetrag von mehr als 564 Mio. EUR für die Finanzierung von weltweiten Hilfsmaßnahmen in Krisengebieten bereitgestellt. Mit zwei weiteren Beschlüssen werden Mittel für Risikominderungs- und Vorsorgemaßnahmen in katastrophengefährdeten Gebieten (34,3 Mio. EUR) sowie für die Verbesserung der Reaktionskapazitäten der humanitären Partnerorganisationen (24 Mio. EUR) zur Verfügung gestellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/117&format=HTML&aged=0&language=DE&guilanguage=en>

2. EU unterstützt gewählten Präsidenten von Elfenbeinküste

Die EU-Außenminister bekräftigten am 31.01. ihre Unterstützung für Alassane Ouattara und beschlossen weitere Sanktionen gegen den früheren Präsidenten Gbagbo und seine Anhänger. Hierzu gehören Einreiseverbote in die EU und Vermögenseinfrierungen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/119045.pdf (Council Foreign Affairs)

3. EU besorgt über Konflikte in Nord- und Südsudan

Die EU-Außenminister begrüßten am 31.01 das vorläufige Ergebnis des Referendums über die Unabhängigkeit des Südsudan, das ein überwältigendes Ergebnis für die Sezession ergeben habe. Der Norden und der Süden müssten nun dringend die noch offenen Fragen lösen, insbesondere den Status des Gebiets von Abyei. Die Außenminister zeigten sich auch besorgt über die wachsende Gewalt in Darfur wo sich die Zahl der Vertriebenen um 43.000 erhöht habe.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/119045.pdf (Council Foreign Affairs)

4. Terrorismusgefahr in Sahel-Zone verschärft

Der Rat zeigte sich am 31.01. tief besorgt über die Verschlechterung der Sicherheitslage in bestimmten Ländern der Sahel-Zone. Dies zeige sich in der Entführung und Ermordung europäischer Bürger durch organisierte kriminelle und terroristische Netzwerke, insbesondere Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM). Bedroht seien auch die Bevölkerungen von Mauretanien, Mali und Niger. Der Rat erwarte in den kommenden Wochen den Entwurf einer umfassenden Strategie für die Sahelzone.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/119045.pdf (Council Foreign Affairs)

5. Konsultationen mit Guinea-Buissau wegen Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit

Der Rat beschloss am 31.01. die Aufnahme von Konsultationen mit Guinea-Buissau wegen Verstoßes gegen Grundsätze der Demokratie. Die Kommission hat am 01.02. diesen Beschluss begrüßt, der dem Vorschlag der Kommission vom 20. 12.10 Folge leistet. Mit dieser Initiative, die sich auf Artikel 96 des Cotonou-Abkommens stützt, bringt die Kommission ihre Besorgnis wegen der Nichtachtung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze in Guinea-Bissau nach den Meutereien vom 01.04.10 zum Ausdruck. Ein Teil der EU-Entwicklungszusammenarbeit soll vorübergehend ausgesetzt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/110&format=HTML&aged=0&language=DE&guilanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

1. Beschäftigungsausschuss des EP für nachhaltige Renten

Der Beschäftigungsausschuss des EP forderte die EU und ihre Mitgliedstaaten am 01.02. auf, trotz der Wirtschaftskrise dafür zu sorgen, dass die wachsende Zahl der Rentner ein angemessenes Einkommen erhält. Gelöst werden müsse auch die Übertragbarkeit von Rentenansprüchen aus anderen Mitgliedstaaten sowie die Benachteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110131IPR12815/html/Pension-schemes-reform-to-ensure-sustainability-and-adequate-income>

2. Arbeitslosenquote des Euroraums im Dezember bei 10,0%, EU bei 9.6%

Im Euroraum (ER16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Dezember 2010 bei 10,0%, unverändert gegenüber November. Im Dezember 2009 hatte sie 9,9% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2010 bei 9,6%, unverändert gegenüber November. Im Dezember 2009 hatte sie 9,5% betragen. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Niederlande (4,3%), Luxemburg (4,9%) und Österreich (5,0%) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Spanien (20,2%), Litauen und Lettland (je 18,3% im dritten Quartal 2010). Die höchsten Rückgänge wurden in Malta (von 7,3% auf 6,2%), Schweden (von 8,9% auf 7,8%), Deutschland (von 7,4% auf 6,6%) und Finnland (von 8,8% auf 8,1%) beobachtet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/18&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Messung extremer Armut in der EU

Die Kommission hat eine Machbarkeitstudie zur Messung der extremen Armut in der EU in Auftrag gegeben, die nunmehr vorliegt. Die Forscher empfehlen Einkommens- und Deprivationsindikatoren zu kombinieren. Dies führt zu dem Befund, dass extreme Armut in allen Mitgliedsländern auftritt, macht aber auch deutlich, wo extreme Armut am häufigsten vorkommt. Die Armutsschwelle ist in einigen der ärmeren Länder sehr niedrig ist und liegt beispielsweise in Rumänien bei nur € 1.71 pro Kopf und Tag. Die Empfehlungen dieser Studie könnten deshalb einen Beitrag zur Arbeit der [Untergruppe Indikatoren](#) des [Sozialschutzausschusses](#) hinsichtlich der für das Jahr 2015 vereinbarten Revision des quantitativen Ziels zur Armutsreduktion im Rahmen der Europa 2020 Strategie leisten.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751&langId=de>

b) Gesundheit

1. Verstärkte Koordinierung der Krebsforschung in der Europäischen Union

In seiner Erklärung vom 03.02. zur Notwendigkeit einer verstärkten Koordinierung der Krebsforschung in der EU weist das EP darauf hin, dass Krebs nach wie vor eine der Haupttodesursachen in Europa ist und dass die Krebsforschung in der EU im Wesentlichen auf der nationalen Ebene stattfindet, stark fragmentiert ist und große Abweichungen aufweist und es folglich keine Abstimmung auf EU-Ebene gibt. Es sei dringend geboten, eine sich selbst tragende Zusammenarbeit und Koordinierung in der Forschung zu fördern. Die Kommission wird aufgefordert, die Koordinierung, die Zusammenarbeit und die Kohärenz der Krebsforschung auf gesamteuropäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu verbessern, Doppelarbeit zu vermeiden und sich auf die bestehenden Lücken in der Krebsbehandlung zu konzentrieren.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0042+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Neue EU-Leitlinien für Darmkrebsvorsorge und -erkennung

Im Rahmen ihrer Bemühungen um die Verbesserung der Darmkrebsvorsorge und -erkennung veröffentlichte die Kommission vor dem Weltkrebstag (04.02.) die erste Ausgabe der Europäischen Leitlinien für Qualitätssicherung in der Krebsvorsorge und -erkennung. Darmkrebs ist in der EU bei den neu diagnostizierten Fällen die zweithäufigste Krebsart und die zweithäufigste Todesursache durch Krebs.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/125&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IV. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Kommission dringt auf Restrukturierung von deutschen Landesbanken

In seiner Rede am 02.02. in Berlin, betonte Kommissionsvizepräsident Almunia, dass stark subventionierte Landesbanken Marktanteile aufgeben müssten, damit der Wettbewerb mit nicht subventionierten Banken nicht weiter verzerrt werde. Generell müsse in Europa bis zum Jahresende die Wettbewerbssituation im Finanzsektor bereinigt werden. Dies bedeute, dass keine Beihilfen bewilligt würden, wenn kein Geschäftsmodell für eine wirtschaftliche Überlebensfähigkeit auf dem Markt vorliege. Besonders dringlich sei, dass die WestLB bis 15.02. ein solches Modell vorlege, um ihre etwa 11 Mrd. EUR Subventionen seit 2009 zu rechtfertigen. Über diesen Fall sowie die HSH Nordbank, die BayernLB und die Hypo Real Estate wolle die Kommission noch vor der Sommerpause entscheiden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/62&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. EP-Binnenmarktausschuss verabschiedet Verbraucherrechte-Richtlinie

Der Binnenmarktausschuss des EP verabschiedete am 01.02. mit 22:16 Stimmen bei einer Enthaltung den Bericht von Andreas Schwab (EVP/DE, CDU) zur Richtlinie für die Rechte der Verbraucher. Dafür waren Konservative und Liberale, dagegen Sozialdemokraten und Grüne. Während der Rat die Richtlinie auf Fernabsatz und Haustürgeschäfte beschränken wollte, hielt der Ausschuss an allen Teilen der Vorlage und einem Geltungsbereich für alle Geschäftsarten, einschließlich digitaler Produkte, fest. Voll harmonisiert werden Informationspflichten, Lieferfristen und das Rücktrittsrecht. Eine Mindestharmonisierung gilt für Gewährleistungsrechte. Hinzu kommt eine Liste unfairer allgemeiner Geschäftsbedingungen. Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding begrüßte den Bericht. Das Plenum wird am 08.03. abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110131IPR12811/html/Strengthening-consumer-rights-across-Europe>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16933.de10.pdf>.

3. Europäisches Parlament stimmt Ernennung neuer EU-Aufseher zu

Das EP billigte am 03.02. die Ernennung der Chefs der drei neuen EU-Finanzaufsichtsbehörden. Chef der in Frankfurt ansässigen Behörde für Versicherungen und betriebliche Altersvorsorge (EIOPA) wird der Portugiese Gabriel Bernardino. Leiter der Bankenaufsicht EBA in London wird der Italiener Andrea Endria. Der Wertpapieraufsicht ESMA in Paris wird der Niederländer Steven Maijoor vorstehen.

Maijoor erhielt 530 Stimmen, Bernardino 434 und Enria ebenfalls 530 Stimmen. Das EP zog seine Vorbehalte zurück, nachdem es von Rat und Kommission Zusicherungen hinsichtlich der Transparenz, der Unabhängigkeit bei der Einstellung von Mitarbeitern, und der Bewilligung ausreichender Mittel erhalten hatte.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110203IPR13128/html/Green-light-from-Parliament-for-financial-watchdog-chiefs>

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Entscheidungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung im März

Der Europäische Rat kündigte für März eine allgemeine Ausrichtung zu den Gesetzgebungsvorschlägen der Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerung an. Ferner werden die Prioritäten hinsichtlich Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung für die nächste Runde der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme festgelegt. Die Mitgliedstaaten werden ersucht, auf dieser Grundlage im April ihre nationalen Reformprogramme sowie ihre Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme vorzulegen. Schließlich wird die endgültige Entscheidung über eine begrenzte Vertragsänderung im Hinblick auf die Einrichtung eines europäischen Krisenmechanismus getroffen. Im Übrigen begrüßt der Europäische Rat die Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets und der EU-Organe zu einer Stärkung des Eurogebiets.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

2. Erklärung zu weiteren Maßnahmen zur Stärkung des Eurogebiets

Vor dem Hintergrund der deutsch-französischen Initiative für eine abgestimmte Wirtschaftspolitik der Euroländer, bekräftigten die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets und der EU-Organe die Fortsetzung der bestehenden Programme für Griechenland und Irland. Die Kommission und die EZB werden die Maßnahmen der Euroländer zur Verbesserung der Haushaltslage und der Wachstumsaussichten evaluieren. Die Finanzstabilitäts-Fazilität soll gestärkt werden. Vor allem aber soll eine neue Qualität der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Eurogebiet erreicht werden. Nichteuroländer können sich an dieser Koordinierung beteiligen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

3. Europäische Wirtschaftsregierung für Eurogebiet

Nach der Presseerklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel wollen die Europartner in Zukunft ihre nationale Wirtschaftspolitik aufeinander abstimmen. Neben den Steuer- und Sozialsystemen gehe es auch um vergleichbare Finanzstrukturen und harmonisierte Arbeitsmärkte. Bei den Standards wollten sich die Partner am jeweils besten Mitglied der Gemeinschaft orientieren. Die Einzelheiten entschieden die Regierungen der Eurostaaten bei einem Sondergipfel Mitte März; der ständige EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy habe den Auftrag erhalten, dafür Vorschläge auszuarbeiten. Schon in einem Jahr soll der neue "Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" mit Ergebnissen aufwarten. "Wir wollen eine neue Qualität der wirtschaftspolitischen Koordinierung erreichen", erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 04.02.

http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2011/02/2011-02-04-eu-rat.html

4. Krise hat wirtschafts- und finanzpolitische Lage dauerhaft verändert

In einer Rede am 27.01. gab EZB-Direktoriumsmitglied José Manuel González-Páramo zu bedenken, dass die Krise noch nicht vollständig überwunden sei. Man könne aber mit Sicherheit davon ausgehen, dass vieles nicht mehr wie früher sein werde. Makroökonomisch sei mit größerer Volatilität und geringerem Potenzialwachstum zu rechnen. Die Anpassung im Immobilienmarkt und der Bauwirtschaft werde sich in die Länge ziehen. Die Risikoprämien für Kredite und Liquidität gingen in die Höhe. Der Finanzsektor werde stärker reguliert, auch wenn dies die Kreditvergabe verteuere. Zentralbanken würden stärker gegen den Trend agieren und systemische Ziele überwachen. Banken müssten bessere Risikovorsorge betreiben; der nächste Stresstest werde noch umfassender als die vorigen sein.

http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2011/html/sp110127_1.en.html

5. Europäische Zentralbank hält Zinsniveau konstant

Auf seiner Sitzung am 03.02. beschloss der EZB-Rat, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % zu belassen. EZB-Präsident Jean-Claude Trichet sah trotz einer im Dezember auf 2,2% und im Januar auf 2,4% gestiegenen Inflation das Stabilitätsziel der EZB von mittelfristig unter aber nahe 2% noch nicht gefährdet. In den nächsten Monaten sei aber mit weiterer Inflation und für das ganze Jahr überwiegend mit mehr als 2% zu rechnen. Grund seien gestiegene Energie- und Nahrungsmittelpreise. Der EZB-Rat bleibe sehr wachsam und werde nicht zögern, das Notwendige zur Wahrung des Stabilitätsziels zu beschließen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2011/html/pr110203.de.html>

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2011/html/is110203.en.html> (Trichet)

6. Deutschland bei Innovationen in Spitzengruppe

Nach dem neuen Leistungsanzeiger der Kommission für Innovation ist in Europa Schweden Spitze, gefolgt von Dänemark, Finnland und Deutschland. Das Vereinigte Königreich, Belgien, Österreich, Irland, Luxemburg, Frankreich, Zypern, Slowenien und Estland bilden (in dieser Reihenfolge) die nächste Gruppe. Die deutschen Ausgaben für die Forschungsförderung lägen um ein Fünftel über dem EU-Durchschnitt. Die EU habe aber den Innovationsrückstand gegenüber den USA und Japan bislang nicht aufgeholt. In den in den meisten EU-Mitgliedstaaten seien die Fortschritte zu langsam. Zwar habe die EU nach wie vor einen klaren Vorsprung gegenüber den aufstrebenden Volkswirtschaften Indiens und Russlands, Brasilien machet jedoch stetige Fortschritte und China hole schnell auf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/114&format=HTML&aged=0&language=DE&guilanguage=en>

b) Energie

1. Europäischer Rat einigt sich auf prioritäre Maßnahmen für Energiepolitik

Die Staats- und Regierungschefs der EU einigten sich am 04.02. auf eine Vollendung des **Energie-Binnenmarkts** bis 2014. Über die Grenzen hinweg soll ein **Verbund** der Netze geschaffen werden, der aber grundsätzlich vom Markt und nur in Ausnahmefällen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden soll. Das **europäische Potenzial** herkömmlicher fossiler Energieträger wie auch unkonventioneller fossiler Energieträger (Schiefergas und Ölschiefer) soll bewertet werden. Das derzeit gefährdete Ziel einer Steigerung der **Energieeffizienz** um 20 % bis 2020 müsse erreicht werden. Ab dem 01.01.12 sollten alle Mitgliedstaaten bei Ausschreibungen für öffentliche Gebäude und Dienstleistungen Energieeffizienzstandards aufnehmen, die dem EU-Kernziel Rechnung tragen. Gefördert werden sollen sowohl Investitionen in **erneuerbare Energiequellen** als auch in sichere und nachhaltige **CO2-arme Technologien**. Gefordert wird Kohärenz in den Außenbeziehungen und eine **Energiepartnerschaft insbesondere mit Russland**. Schließlich erwartet der Europäische Rat die Erarbeitung einer **Strategie 2050 für eine CO2-arme Wirtschaft**.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

2. Ziele für erneuerbare Energien bis 2020 erfordern Zusatzinvestitionen

Nach der Mitteilung der Kommission vom 31.01. können die Ziele für erneuerbare Energien bis 2020, um bei Stromerzeugung und Verkehr auf 20 Prozent alternative Energieträger zu kommen, voraussichtlich erreicht und sogar übertroffen werden, wenn die Mitgliedstaaten ihre Aktionspläne für erneuerbare Energie vollständig umsetzen und die Finanzierungsinstrumente verbessert werden. Notwendig sei eine Verdoppelung der Investitionen in erneuerbare Energien von 35 Milliarden pro

Jahr auf 70 Milliarden EUR. Zudem sollte die Zusammenarbeit verbessert werden. "Wenn Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und erneuerbare Energien dort produzieren, wo es kostengünstiger ist, profitieren Unternehmen, Verbraucher und Steuerzahler", betonte Kommissar Oettinger.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/113&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Finanzen

Treffen der Finanzminister der G20-Staaten am 18.02. in Paris

Frankreich lädt zum Treffen der G20-Finanzminister nach Paris ein. Weitere Informationen sind zu finden auf der Website der französischen Präsidentschaft:

<http://www.g20-g8.com/g8-g20/g20/english/home.9.html>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Anhörung zu europäischem Vertragsrecht abgeschlossen

Nach Abschluss der siebenmonatigen Anhörung zu verschiedenen Optionen für ein europäisches Vertragsrecht, begrüßte Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding am 31.01. die 124 Eingaben. "Damit ist klar, dass es ein großes Interesse an einem kohärenteren Vertragsrecht gibt", sagte sie. "Alle Optionen liegen noch auf dem Tisch." Optionen sind ein unverbindlicher Muster-Vertrag, ein voll vereinheitlichtes europäisches Zivilgesetzbuch, aber auch ein freiwilliges europäisches Vertragsrechtsinstrument, das als „28. Rechtsordnung“ neben dem nationalen Recht vereinbart werden könnte. Reding wird die Ergebnisse der Anhörung im Juni den EU-Justizministern präsentieren und im Herbst konkrete Vorschläge unterbreiten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/55&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Konsultation zum kollektiven Rechtsschutz

Die Kommission bittet in einer bis Ende April laufenden öffentlichen Anhörung um Äußerungen zu der Frage, ob es für den kollektiven Rechtsschutz künftig eine europäische Regelung geben sollte. Hintergrund sind laufende Bestrebungen im Verbraucher- und im Wettbewerbsrecht. Die Kommission will versuchen, gemeinsame Rechtsgrundsätze für den kollektiven Rechtsschutz in der EU zu bestimmen (z. B. bezüglich der Notwendigkeit wirksamer und effizienter Verfahren, von Informationsrechten und des Schutzes vor Klagemissbrauch).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/132&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Inneres

1. Nutzung von Passagierdaten zur Verbrechensbekämpfung

Die Kommission legte am 02.02. einen Vorschlag für eine EU-Richtlinie zu Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) vor. Der Vorschlag verpflichtet die Fluggesellschaften, Buchungsdaten der Fluggäste, die in die EU einreisen oder aus ihr ausreisen, an eine eigens dafür zuständige Stelle im Ankunfts- oder Abflugmitgliedstaat zu übermitteln. Die Mitgliedstaaten müssen spezielle Stellen einrichten, die die Daten verarbeiten und sicher verwahren, und dafür Sorge tragen, dass diese Stellen von einer

unabhängigen Kontrollstelle (Datenschutzbehörde) überwacht werden. PNR-Daten dürfen nur zur Bekämpfung von schwerer Kriminalität und terroristischen Straftaten verwendet werden. Der Vorschlag regelt ausführlich den Schutz der Privatsphäre der erfassten Personen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/120&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Malmström beim 14. Europäischen Polizeikongress am 16.02. in Berlin

Thema des diesjährigen Polizeikongresses ist „Migration Integration - Sicherheit in Europa im Wandel“. Die EU-Innenkommissarin wird einen Vortrag halten im Rahmen des Themenblocks „Migration und praktische Auswirkungen auf die internationale polizeiliche Zusammenarbeit“.

http://www.european-police.eu/polizei_Internet/nav/327/3276fcb8-f447-2213-780e-51dbaef956b8.htm

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Emissionshandel läuft wieder an

Am 04.02. konnten zunächst die nationalen Handelsregister Deutschlands, Frankreichs, der Niederlande, der Slowakei und Großbritanniens ihren Betrieb wieder aufnehmen. Dies gab die Kommission am 03.02. bekannt. Die fünf Staaten hatten zuvor nachgewiesen, dass ihre nationalen Handelssysteme alle notwendigen Sicherheitsanforderungen erfüllen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/66&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Europäisches Parlament fordert Druck auf Italien in Abfallkrise von Neapel

In der Entschließung vom 03.02. zur Abfallkrise in Kampanien kritisiert das EP die beschlossene Anlage von Deponien in geschützten Zonen. Von der Kommission derzeit zurückgehaltene Mittel aus den Strukturfonds sollten nur dann ausbezahlt werden, wenn sicher gestellt ist, dass die regionale Strategie zur Lösung der Krise tatsächlich im Einklang mit EU-Vorgaben steht, meinen die Abgeordneten und fordern die Regionalbehörden auf, einen verlässlichen Abfallbewirtschaftungsplan vorzulegen. Außerordentliche Maßnahmen, die Italien über Jahre hinweg eingesetzt habe, um Umweltverträglichkeitsprüfungen und öffentliche Auftragsausschreibungen zu umgehen hätten die zunehmende Präsenz organisierter krimineller Gruppen in der Abfallbewirtschaftung der Region begünstigt.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110203IPR13103/html/Abfallkrise-Italien-muss-EU-Regeln-einhalten-vor-Auszahlung-von-Fondmitteln> (PM EP)

(PM EP)

3. Kommission drängt auf CO2-Reduzierung in internationaler Schifffahrt

Die Kommission will auf Erfolg bei CO2-Gesprächen mit der Internationaler Seeschifffahrtsorganisation drängen. Europa müsse die Internationale Seeschifffahrtsorganisation (IMO) in jeder Hinsicht unterstützen, in diesem Jahr eine Einigung über globale Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen von Schiffen sowohl auf kurze als auch auf lange Sicht zu erreichen, so der für Verkehr zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Siim Kallas, sowie die für Klimapolitik zuständige Kommissarin, Connie Hedegaard, nach einem Treffen mit einer hochrangigen Sachverständigengruppe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/126&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Verkehr

1. Fluggastverkehr im Jahr 2009 um 6% gefallen

Die Gesamtzahl der beförderten Fluggäste in der EU27 fiel im Jahr 2009 gegenüber 2008 um 6% auf 751 Millionen. Die Anzahl der Passagiere sank im Jahr 2009 bei Intra-EU Flügen um 8% auf 318 Millionen, bei Extra-EU Flügen um 4% auf 271 Millionen und bei Inlandsflügen um 5% auf 162 Millionen. Die Gesamtmenge an Fracht und Post, die in der EU27 im Luftverkehr befördert wurde, fiel ebenfalls im Jahr 2009 gegenüber 2008, und zwar um 12%. Im ersten Quartal 2010 stieg die Anzahl der Passagiere um 2% gegenüber dem ersten Quartal 2009. Vorläufige Daten für April 2010 deuten darauf hin, dass der Vulkanausbruch in Island diesen Aufschwung vorübergehend zum Stillstand gebracht hat: Die Anzahl der Passagiere sank gegenüber April 2009 um 18%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/17&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Vizepräsident Kallas verleiht Auszeichnungen für Straßenverkehrssicherheit

Der für Verkehr zuständige Vizepräsident der Kommission, Siim Kallas, hat am 02.02. in Brüssel sieben Organisationen für hervorragende Leistungen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit ausgezeichnet. Die Organisationen haben sich im Rahmen der Europäischen Charta für Sicherheit im Straßenverkehr dazu verpflichtet, konkrete Maßnahmen zu treffen, um die Zahl der Straßenverkehrstoten in ihrem Umfeld zu verringern. Die Preisträger wurden nach einer Bewertung durch die Kommission aus über 500 Unterzeichnern der Charta ausgewählt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/118&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.erscharter.eu/>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Neue Impulse für Forschung und Innovation

Der Europäische Rat sprach sich am 04.02. für eine gemeinsame Planung von Innovation auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten aus. Die Pilot-Innovations-Partnerschaft im Bereich "Aktivität und Gesundheit im Alter" sei ein wichtiger Schritt. Private Investitionen in innovative Produkte und Dienstleistungen seien insbesondere durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zu fördern. Bis 2015 sollte der digitale Binnenmarkt gewährleistet sein. Hierzu zählten der Schutz kreativer Leistungen, der elektronische Geschäftsverkehr und die Verfügbarkeit von Informationen des öffentlichen Sektors. Von der Kommission werden bis Ende 2011 Vorschläge für ein EU-weites Risikokapitalsystem erwartet. Bis 2014 müsse der Europäische Forschungsraum für Wissen, Forschung und Innovation vollendet werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/119194.pdf

2. Kommission unterstützt Maßnahmen gegen Schulabbruch

In ihrer Mitteilung vom 31.01. weist die Kommission darauf hin, dass mehr als sechs Millionen junge Menschen in Europa 2009 die Schule vorzeitig abgebrochen haben. In Deutschland hätten 11% der 18- bis 24-Jährigen vor der 10. Klasse die Schule verlassen und keine berufliche Ausbildung gemacht, im EU-Durchschnitt seien es 14,4 %. Diese Rate solle bis 2020 auf unter 10% gedrückt werden. Der flankierende Vorschlag für eine **Empfehlung des Rates** enthält Leitlinien für pädagogische Maßnahmen. Der Austausch bewährter Verfahren könne zur Bewältigung des Problems beitragen. Die Kommission werde Mittel über das Programm für lebenslanges Lernen und das

Forschungsrahmenprogramm bereitstellen. Darüber hinaus werde sie über den Europäischen Sozialfonds nationale und regionale Maßnahmen unterstützen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/109&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Kommission setzt Sachverständigengruppe für Alphabetisierung ein

Die Kommission hat eine unabhängige Expertengruppe eingesetzt, die nach Möglichkeiten suchen soll, die Schreib- und Lesekompetenz zu fördern. Die Gruppe, die am 01.02. zum ersten Mal zusammengetreten ist, wird von Prinzessin Laurentien der Niederlande geführt, die als Sonderbotschafterin für Alphabetisierung für die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) tätig ist. Die EU-Minister haben das Ziel festgelegt, den Anteil der Schüler mit Schwierigkeiten in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften bis 2020 auf unter 15 % zu senken. Jeder fünfte Jugendliche im Alter von 15 Jahren, aber auch viele Erwachsene verfügten nicht über grundlegende Lese- und Schreibfertigkeiten; das erschwere ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt und setze sie dem Risiko sozialer Ausgrenzung aus.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/115&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Teilnahme der Schweiz an Bildungsprogrammen der EU

Der Rat fasste am 31.01. einen Beschluss über den Abschluss des Abkommens zwischen der EU und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Festlegung der Voraussetzungen und Bedingungen für die Beteiligung der Schweizerischen Eidgenossenschaft am Programm "Jugend in Aktion" und am Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens (2007-2013).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st12/st12818.de10.pdf>